Hamburg würde die Beseitigung der entsprechenden Schadstoffe ein Vielfaches kosten – rund 300 Millionen Mark.

Der West-Berliner Umweltsenat verfolgt derzeit, nicht ohne Eigennutz, die Installierung von zusätzlichen Reinigungsstufen im Ost-Berliner Klärwerk Schönerlinde, das derzeit noch seine dreckige Brühe in die Havel einleitet. „Jede Mark, die wir in die DDR investieren", sagt der West-Berliner Umwelt-Staatssekretär Klaus Groth, „bringt viel mehr als entsprechende Ausgaben bei uns."

Das läßt sich von einem anderen westlichen Umweltprojekt im Osten nicht gerade behaupten. Mit knapp 70 Millionen Mark hatten die West-Berliner Stadtreinigungsbetriebe den Bau der Sondermüll-Verbrennungsanlage in Schöneiche bei Potsdam mitfinanziert. Doch der Ofen, in dem Industriemüll aus West-Berlin und dem Bundesgebiet verfeuert werden sollte, mußte, kaum in Betrieb, wieder abgeschaltet werden: Die Rauchgas-Emissionen waren selbst für Ost-Verhältnisse zu hoch.

Zwar rechtfertigt sich Georg Fischer, Geschäftsleiter der Stadtreinigungsbetriebe, die Anlage entspreche dem „Stand der Technik". Doch DDR-Umweltgruppen wie das „Grüne Netzwerk Arche" monieren, die Öfen, die von einer Schweizer Firma geliefert wurden, seien veraltet und nicht einmal mit Naßfiltern ausgerüstet. Dergleichen, meinen die Arche-Leute, wäre im Westen gar nicht genehmigt worden.

Auch Experten vom Münchner Institut für Wirtschaftsforschung (Ifo) warnen, westliche Unternehmen versuchten zunehmend, den Ländern im Osten veraltete oder ausrangierte Industrieanlagen anzudrehen. So wollte der Schweizer Pharma-Multi Ciba Geigy beispielsweise ein Chemiewerk mit geringeren Umweltstandards auf der sowjetischen Krim hochziehen.

Um künftige Umweltbelastungen im Osten zu verhindern, fordert Ifo-Umweltexperte Rolf-Ulrich Sprenger ein „Öko-Cocom" nach dem Vorbild des „Koordinierungsausschusses für die Ost-West-Handelspolitik" zur Begrenzung der Ausfuhr militärisch relevanter Technologien in die östlichen Länder. Ein solches Kontrollgremium könne dafür sorgen, daß aus dem Westen nur noch umweltfreundliche Technologien ausgeführt und umweltbelastende Produktionen nicht länger in den Osten ausgelagert werden.

Mehr als 100 Millionen Mark zahlt die Bundesrepublik beispielsweise jährlich für die Lagerung westdeutschen Mülls in ostdeutschen Deponien. Nach einer neuen Bestandsaufnahme der Umweltorganisation Greenpeace summieren sich die Müllgebühren sogar auf 250 Millionen Mark jährlich. Das ist, so Expertenrechnungen, 35mal mehr Geld, als für den Technologieaustausch pro Jahr aufgewendet wird.

Die westlichen Abfallhalden in der DDR, etwa in Schönberg nahe Lübeck, geraten mehr und mehr ins Gerede. Auch die von West-Firmen beschickte Hausmüllkippe Vorketzin bei Potsdam sei ein Umweltproblem, monierte die Öko-Expertin Marianne Montkowski vom Ost-Berliner Umweltministerium.

Es seien erste Anzeichen sichtbar, warnte die Expertin, daß giftige Sickerwässer aus der Abfallhalde Grundwasservorkommen in der Region verseuchen. Der West-Müll soll jetzt zu anderen Deponien umgeleitet werden. Den Grundwasserschaden hält die DDR-Fachfrau noch für begrenzbar – wenn es, so Montkowski, „nicht alles den bisher gewohnten sozialistischen Gang geht".

Der Bonner Umweltminister hat derweil den Blick auf andere Öko-Probleme gerichtet: Töpfer sorgt sich um die Landstriche entlang der seit fünf Wochen offenen Grenze. Nach einem Vierteljahrhundert sei dieses „größte und reichste Biotop Europas" (Töpfer) mit Lebensmöglichkeiten für Seeadler und Schwarzstörche, Birkhühner und Blaukehlchen jetzt durch Freizeitprojekte bedroht.

Deshalb hat der Umweltminister nun vor, alles kartografieren zu lassen. Vorrangig will Töpfer zugleich über die Erhaltung des Feuchtgebietes Drömling an der niedersächsischen Grenze sowie der Region um den holsteinischen Schaalsee verhandeln.

Rund um den ehemaligen Todesstreifen sieht Töpfer lauter „schützenswerte Räume".

Besuchsverkehr

Ende der Schonzeit

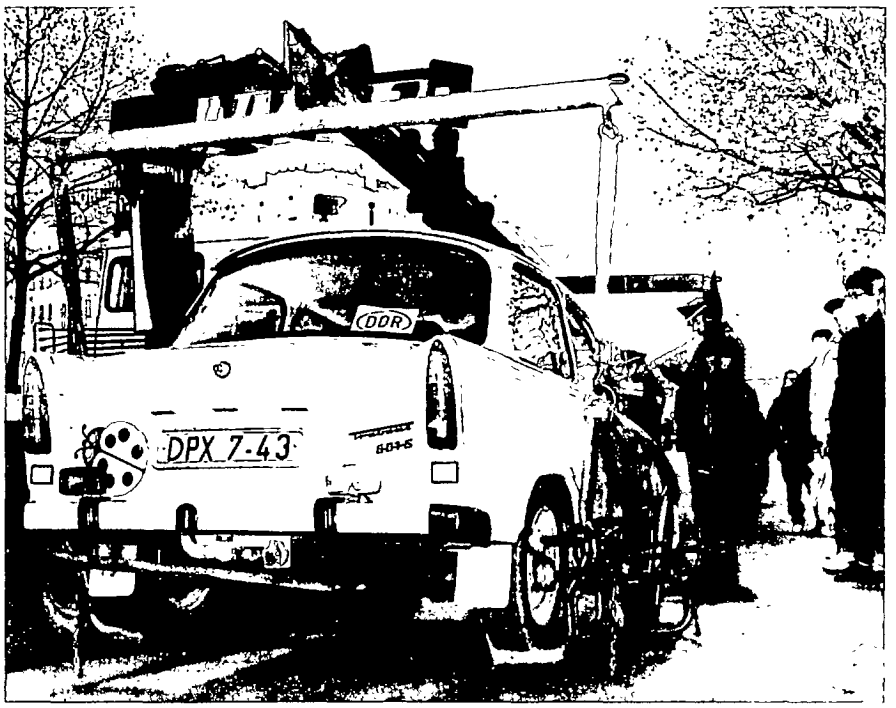
Grenzfrage bei Polizei und Justiz: Was tun mit Ladendieben und Falschparkern aus der DDR?

Ladendiebstähle gehören für Klaus Engeln, Direktor bei Hertie in West-Berlin, zum Geschäft. Besonders in der Weihnachtszeit, weiß der Kaufhaus-Manager, werde verstärkt hingelangt. Doch einen derart großen Warenschwund wie dieses Jahr haben die Ladendiebe ihm noch nie beschert.

Nicht nur in Berlin, klagt der Verkaufschef von 17 Filialen, sei eine „irrsinnige Zunahme" von kriminellem Shopping zu verzeichnen. „Verdoppelt reicht nicht", umschreibt der Direktor die exorbitante Steigerungsrate beim Stehlen, „es ist ein Vielfaches."

Die enormen Zuwachsraten bei Ladendiebstählen schreibt Engeln einer Kundengruppe zu, die erst seit wenigen Wochen Kaufhallen und Geschäfte stürmt: wohlstandshungrigen West-Touristen aus der DDR, die ihre neugewonnene Reisefreiheit zum Bummel durch die kapitalistische Warenwelt nutzen.

Daß etliche Besucher aus der Mangelrepublik, verlockt von verführerisch drapierter Ware, schon mal zugreifen, ohne zu bezahlen, bestätigen Geschäftsleute in vielen Städten an der Besucher-Front. Im grenznahen Wolfsburg etwa mußte Kaufhaus-Manager Nikolaus Bischoff



Abgeschleppter DDR-Trabi (in West-Berlin): „Zügig in die Röhre"

seine Detektivtruppe mehr als verdoppeln. „Die ersten Fälle", berichtet Bischoff, „hatten wir gleich am Morgen nach der Grenzöffnung."

Wie viele DDR-Bürger bereits auf frischer Tat ertappt worden sind, läßt sich nur erahnen. Warenhaus-Manager wollen keine konkreten Zahlen nennen. Hertie-Engeln: „Das paßt nicht in die Begrüßungseuphorie."

Die erste Begeisterung allerdings ist längst abgeflaut. Bei den Westdeutschen keimt bereits Sozialneid auf die Vorrechte, die den Gästen gewährt werden.

Um den Mißmut zu dämpfen, wollen viele der ohnehin von Finanznot bedrängten Kommunen den Besuchern von drüben Vergünstigungen wie den freien Eintritt in Schwimmbäder, Museen und Theater streichen. „Wenn wir nach Salzburg reisen", sagt Berlins Regierender Bürgermeister Walter Momper (SPD), „müssen wir auch bezahlen."

Mit Jahresbeginn sollen zudem nahezu bundesweit Touristen aus der DDR, wie alle anderen auch, für Schwarzfahren und Falschparken belangt werden. In Hamburger Bussen und U-Bahnen ist es dann bei Kontrollen nicht mehr mit dem Vorzeigen des blauen Personalausweises der DDR getan. Auch wer von drüben kommt, soll dann 60 Mark erhöhtes Beförderungsgeld zahlen – in Westwährung.

In Lübeck, wo etliche Bürger über die „katastrophalen Ausmaße der Falschparkerei" (Stadtsprecher Horst Westphal) empört sind, verkündete Innensenatorin Dagmar Pohl-Laukamp (CDU) schon letzten Monat das „Ende der Schonzeit" für Besucher aus dem Osten. An deren Zahlungsfähigkeit hat die Senatorin keinen Zweifel. Pohl-Laukamp: „Ich gehe davon aus, daß die Bürger ihr Begrüßungsgeld dabei haben."

Falls das Geld der Gäste jedoch nicht reicht, etwa um ihren abgeschleppten Wagen auszulösen, will die Stadt nicht auf Zahlung der vollen Gebühr bestehen. Westphal: „Wir können denen doch nicht ihren Trabi wegnehmen." Auch der West-Berliner Senat, der seit der Grenzöffnung 60 000 Mark Abschleppkosten für Ost-Autos bezahlt hat, will auf die Eintreibung der Gelder (rund 150 Mark) vorerst weiter verzichten.

Nach wie vor Sonderbehandlung genießen West-Besucher aus der DDR auch noch in vielen Supermärkten und Kaufhäusern. Die Manager verzichten, etwa bei der Bilka-Kette in West-Berlin, auf Anzeigen gegen ertappte Ladendiebe von drüben. „Wir haben sie", berichtet Bilka-Chefdetektiv Erdogan Daglas, „aus Menschlichkeit laufenlassen."

Erfahrene Beamte wie Polizeihauptkommissar Jochen Lipke vom City-Revier der Hansestadt Lübeck, die vor allem von Touristen aus Schwerin und Wismar besucht wird, schätzen, daß von zehn Tätern „im Durchschnitt sieben bis acht aus der DDR" sind.

Obgleich der Anteil der Ladendiebe gemessen an den rund zehn Millionen Besuchern aus der DDR kaum ins Gewicht fällt, ist das Bundesjustizministerium in Bonn alarmiert. Denn durch die kleine Klau-Welle wird eine Problematik brandaktuell, die so alt ist wie die Teilung Deutschlands: die umstrittene DDR-Rechtshilfe für bundesdeutsche Strafverfolger.

Zwar hat sich Bonn 1953 seinerseits in einem „Gesetz über die innerdeutsche Rechts- und Amtshilfe" verpflichtet, Republik-Flüchtlinge, die in der DDR straffällig wurden, unter bestimmten Bedingungen, etwa daß ihnen nicht die Todesstrafe droht, an ostdeutsche Gerichte auszuliefern. Zudem haben sich beide Staaten 1972 im Grundlagenvertrag darauf verständigt, eine Zusammenarbeit von Gerichten und Staatsanwaltschaften in einem Abkommen zu regeln – das jedoch noch nicht zustande kam.

Besucher aus der DDR, vornehmlich Rentner, hatten aber bei Verfehlungen kaum etwas zu befürchten. Falls mal einer als Ladendieb auffiel, ging er straffrei aus – wenn er sich nur schnell wieder über die Grenze machte.

Denn angesichts der unverhältnismäßig harten Justiz der DDR reichten westdeutsche Gerichte ihre Akten nicht über die Mauer, sondern stellten die Verfahren schlicht ein. Die Rechtslage, sagt der Justizministeriumssprecher Stephan Wanner, sei bislang „in der Praxis ein bissl schwammig". Doch ein klärendes Vertragswerk werde nun „zügig" von den Verhandlungspartnern aus beiden Ländern „in die Röhre" geschoben.

Die westdeutschen Staatsanwaltschaften reagieren wie gehabt: großzügig. In Berlin werden bei allen Ersttätern, die Waren im Wert von weniger als 100 Mark gestohlen haben, zwar formal Verfahren eingeleitet, letztlich jedoch fast ausnahmslos eingestellt. „Um Verständnis" ist auch die Staatsanwaltschaft Hannover bemüht. „Es sind ja oft nur Kleinigkeiten wie Schallplatten oder Kosmetika", erklärt Oberstaatsanwalt Klaus Ramberg, bei denen die Gäste „den Lockungen der Konsumwelt erliegen".

Doch selbst wenn es bei wertvollerem Diebesgut zu Festnahmen und Schnellverfahren kommt, für die in West-Berlin eigens ein Bereitschaftsdienst der Staatsanwaltschaft eingerichtet worden ist, können die Diebe ihrer Strafe entgehen – ab durch die Mauer.

Eine Verfahrenswelle wird für Anfang 1990 erwartet. Spätestens zum Jahreswechsel wollen auch bislang nachsichtige Geschäftsleute wie der Wolfsburger Kaufhaus-Manager Bischoff das Sonderrecht für DDR-Ladendiebe wieder streichen. Bischoff: „Dann gibt es kein Pardon mehr, sondern Anzeigen."

1000 Berlin, A+B-E Minuth GmbH, 030/3421078 · CFF Telekommunikation, 030/7062893 · GNT Guse, 030/2132788 · Küchler, 030/2511054 · Modern Telephone GmbH, 030/2616969 · Röder Telekommunikation, 030/8523855 · Pruss & Plötke GmbH, 030/3134046 · **2000 Hamburg**, Collatz, 040/476707 · Hanse Copy GmbH, 040/5703011 · SINUS Nachrichten GmbH, 040/6524000 · Soundgarage, 040/802021 · Wichmann OHG, 040/246712 · **2050 Hamburg**, AVF-Morscheck, 040/739137 · Technik & Design GmbH, 040/7211255 · **2300 Kiel**, L+M Büroinformationssysteme, 0431/672024-28 · **2371 Fockbek-Rendsburg**, Sievers, 04331/61201 · **2800 Bremen**, Alpha-Sprechfunk, 0421/352075 · **2900 Oldenburg**, Goldt Computer Haus, 0441/88015 · **3200 Hildesheim**, Weiterer Nachrichtentechnik, 05121/512151 · **3300 Braunschweig**, B+B Autoradio OHG, 0531/81091 · **3500 Kassel**, Schneemann, Funk- u. Nachrichtentechnik, 0561/878826 · **4000 Düsseldorf**, Etschenberg Connect, 0211/626242 · Stodiek GmbH & Co. KG, 0211/417010 · **4048 Grevenbroich**, Transimex GmbH, 02181/7883 · **4290 Bocholt**, Valk KG Bürosysteme, 02871/95020 · **4300 Essen**, Horn Kommunikationssysteme, 0201/772055 · Telefonhaus Wolfgang Ternes, 0201/233839 · **4370 Marl**, NSB-Nachrichtentechnik, 02365/17704 · **4400 Münster**, Selectric Nachrichtensysteme GmbH, 02516/1830 · **4500 Osnabrück**, FROG-Datensysteme, 0541/25701 · **4600 Dortmund**, Fernmeldetechnik Manfred Petri, 0231/603000 · **4800 Bielefeld**, Ing. Kriete KG Nachrichtentechnik, 0521/391161 · **4830 Gütersloh**, Gebr. Thiesbrummel, 05241/506-0 · **4840 Rheda-Wiedenbrück**, Wiedeler Radio-Fernsehtechnik, 05242/8989 · **5000 Köln**, Drillisch GmbH, 0221/4973066 · **5042 Erftstadt**, Schmidt-Rottig, 02235/76888 · **5100 Aachen**, Kohl Automobil GmbH, 0241/5688260 · **5778 Meschede**, Rattay & Weißbach Kommunikationssysteme GmbH, 0291/6099 · **5901 Wilnsdorf**, Klaus, 0271/3923353 · **6000 Frankfurt**, Anschperger, 069/505727 · **6100 Darmstadt**, Weippert, 0651/65041 · **6108 Darmstadt-Weiterstadt**, Mikas-Büroakustik, 06151/8799-0 · **6149 Grasellenbach**, Helmstädter, 06207/5205 · **6380 Bad Homburg**, Auto-Recht, 06172/31555 · **6453 Seligenstadt**, Berger Büromaschinen, 06182/3021 · **6580 Idar-Oberstein**, Albert Büroeinrichtung, 06781/23066 · **6600 Saarbrücken**, Seltronik, 0681/635018 · **6750 Kaiserslautern**, Orga-Plan, Beratungs- und Vertriebs-GmbH, 0631/73065-7 · **6799 Altenglan**, Schenkel, 06381/6884 · **6800 Mannheim**, Mahr Telesystems GmbH, 0621/704028 · **7000 Stuttgart**, DCS Nachrichtentechnik, 0711/243300 · Häussler GmbH, 0711/7833-280 · IBB Nachrichtentechnik GmbH, 0711/6408046 · **7069 Berglen-3 (Öschelbronn)**, NTC-Nachtrieb, 07195/71213 · **7142 Marbach**, Text und Sprache GmbH, 07144/18011 · **7210 Rottweil**, HACON elektronic, 0741/7653 · **7500 Karlsruhe**, ASG Autoradio-Autotelefon Service GmbH, 0721/816011 · **7520 Bruchsal**, Jöst Hifi-Video-Center, 07251/80070 · **7700 Singen**, Schellhammer GmbH, 07731/82020 · **7777 Salem-Beuren**, Baronn + Schmid KG, 07554/1683 · **7830 Emmendingen**, Flösch, 07641/5804-0 · **7852 Binzen**, Resin, 07621/6601-0 · **7890 Waldshut-T.**, Hettler GmbH, 07751/8806-0 · **7900 Ulm**, Bahnacker Nachrichtentechnik, 0731/62026 · **8000 München**, Brockmann + Partner, 089/553353 · Girl, 089/525402 · MTG, 089/95991-0 · TEL, 089/832021 · Wilms GmbH, 089/2010659 · **8070 Ingolstadt**, Graf, 0841/22711 · **8360 Deggendorf**, Peter GmbH, 0991/5516 · **8500 Nürnberg**, Baumbach Nachrichtentechnik, 0911/49503 · **8520 Erlangen**, A.S.E., 09131/26047 · **8619 Zapfendorf**, Hertel, 09547/202 · **8750 Aschaffenburg**, Hühnlein GmbH, 06021/43066 · **8900 Augsburg**, Wehrmann GmbH, 0821/578031

Übrigens: Das mobile Handtelefon gibt es auch in den Telefonläden der Deutschen Bundespost Telekom

Ihr SEM 340–Bestellscheck

Ich bestelle hiermit bei garantierter Lieferung bis spätestens 22. Dezember 1989 ___ Stück SEM 340 – mobiles Handtelefon zum VIP-Preis von 9.690,– DM

Name _____

Telefon _____

Straße _____

Ort _____

Datum _____

Unterschrift _____

12/1112

SEL
ALCATEL

Auf Postkarte oder im Brief an:
Standard Elektrik Lorenz AG
Unternehmensbereich Bürokommunikation
PS/VST – SEM 340
Lorenzstraße 10 · 7000 Stuttgart 40